

„Wir sind alle die EU“

Martin Selmayr, Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, über turbulente Zeiten in der „Kommission der letzten Chance“

Passau/Brüssel. Er ist die rechte Hand des EU-Kommissionspräsidenten: Martin Selmayr (45) ist seit 2014 Kabinettschef Jean-Claude Junckers. Die Grundlagen dafür hat er an der Universität Passau gelegt – in der er heute auch Direktor des Centrums für Europarecht ist. Im Interview spricht der Wahl-Brüsseler Selmayr über zwei Jahre voller Krisen.

Herr Selmayr, Sie sind seit zwei Jahren Kabinettschef unter dem EU-Kommissionspräsidenten Juncker. Es sind turbulente Zeiten mit dem Brexit, der Finanz- und der Flüchtlingskrise. Reichen da fünf Tage Passau, um wieder Kraft zu tanken?

Martin Selmayr: In dem Moment, in dem ich die Passauer Domspitze sehe, bin ich schon erholt. Passau ist für mich Heimat. Wenn ich hier bin, schöpfe ich gleich neue Kraft und Energie. Aber ja, es sind schwierige Zeiten. Die kommen allerdings nicht ganz überraschend.

Warum?

Selmayr: Vor genau zwei Jahren hat Jean-Claude Juncker seine erste Pressekonferenz als Kommissionspräsident gegeben. Er sagte, dass seine Kommission die „Kommission der letzten Chance“ sei. Schon damals war abzusehen, dass es eine Vielzahl von Krisen geben wird. Die Krisen, und wie Jean-Claude Juncker als Kommissionspräsident darauf antworten will, standen bereits alle in seinem Wahlprogramm. Er hat zum Beispiel das Thema Flüchtlingskrise auf die Tagesordnung gesetzt, noch bevor das bei allen ein Thema war, und ohne sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben. Er hat gesagt, dass dieses Thema die große Zukunftsaufgabe sein wird – nicht nur für diese Kommission, sondern wahrscheinlich für diese ganze Generation.

Thema Brexit: Wie überraschend war für Sie das Votum der Briten für den Austritt aus der EU?

Selmayr: Auch das Brexit-Referendum ist schon vor zwei Jahren angekündigt gewesen. Jean-Claude Juncker hatte damals als Ziel der Europäischen Kommission ausgegeben, dass wir mit Großbritannien einen fairen Deal aushandeln, damit das Land in der Union bleiben kann. Dieser Deal ist am 19. Februar von allen Mitgliedsstaaten verabschiedet worden – mit weitreichenden Konzessionen an Großbritannien. Der Deal reichte aber nicht aus. Denn wenn man 40 Jahre lang auf die europäische Idee eingeprengelt hat, dann kann man innerhalb von drei Monaten – so lang ging die britische Referendumskampagne – das Blatt nicht wenden. Es ist erstunlich, dass unter solchen Bedingungen am Ende nur 51 Prozent gegen die

EU-Mitgliedschaft gestimmt haben.

Was bedeutet das Votum für die europäische Idee?

Selmayr: Der Brexit ist ein Risiko, weil andere Länder dem britischen Beispiel folgen könnten. Aber er ist auch eine Chance, wenn die anderen 27 Länder klug miteinander verhandeln und intensiver zusammenarbeiten, wie wir das zum Teil derzeit bereits sehen. Zumindest ist durch den Schock des Brexits etwas mehr Gemeinsamkeit entstanden.

Wie lang wird dieser Brexit-„Scheidungsprozess“ etwa dauern?

Selmayr: Es ist wichtig ist, dass die Verhandlungen zügig abgewickelt werden. Wir können nicht die europäische Wirtschaft, Politik und die Bürger auf Jahre im Ungewissen lassen. Deshalb haben wir einen klaren Zeitplan: Bis Ende März 2017 will die britische Premierministerin den Scheidungsbrief schicken, und dann ist nach den europäischen Verträgen ein Zeitraum von maximal zwei Jahren vorgesehen, bis die Scheidung vollzogen sein muss. Wir rechnen also damit, dass die Europawahlen 2019 nur noch in 27 Ländern stattfinden werden.

Langfristig europäisches Mautsystem angestrebt

Noch wichtiger als der Brexit ist für die Deutschen wahrscheinlich die nahende Einigung der Bundesregierung mit der EU-Kommission in Sachen Pkw-Maut. Wieso kam der Durchbruch auf einmal so schnell?

Selmayr: So schnell war das gar nicht. Wir sind seit Beginn der Präsidentschaft von Jean-Claude Juncker mit der Bundesregierung darüber im Gespräch, weil wir die beschlossene Pkw-Maut als nicht konform mit EU-Recht angesehen haben. In den letzten Monaten hat sich Kommissionspräsident Juncker persönlich mit dem zuständigen deutschen Minister Alexander Dobrindt (CSU) zusammengesetzt. In den letzten Monaten hat sich Kommissionspräsident Juncker persönlich mit dem zuständigen deutschen Minister Alexander Dobrindt (CSU) zusammengesetzt und an einem Kompromiss gearbeitet, um die Maut in Einklang mit EU-Recht zu bringen. Entscheidung für uns dabei ist, dass ausländische Pkw-Fahrer nicht wegen ihrer Nationalität diskriminiert werden. Wenn die geänderten Gesetze in den Bundestag eingebracht werden, die Maut also rechtskonform gestaltet wird, hat die Europäische Kommission keinen Grund mehr, den Streit mit Deutschland über



Martin Selmayr ist seit 2014 Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, vorher hat er den Wahlkampf des Luxemburger geleitet. Als Kabinettschef erlebt er mit Brexit, Flüchtlingskrise und Griechenland turbulente Zeiten.

die Maut fortzusetzen. Denn wir sind nicht gegen eine Maut als solches, sondern wollen dafür sorgen, dass bei der Infrastruktur von der Steuerfinanzierung auf eine Nutzungsfinanzierung umgestellt wird. Das ist die einzige Möglichkeit, die Finanzierung gerecht und ökologisch verträglich zu gestalten.

Es ist also langfristig damit zu rechnen, dass es ein europäisches Mautsystem geben wird?

Selmayr: Genau. Wir gehen davon aus, dass irgendwann nicht jedes EU-Land ein anderes Mautsystem haben wird, und dass der Bürger, der im Sommerurlaub fünf Grenzen überqueren muss, nicht in jedem Land ein anderes Pickel erwerben muss. Sondern, dass es vielleicht ein durchgängiges Pickel gibt oder die Pickel gegenseitig anerkannt werden.

Sie gelten als jemand, der sich für eine Politische Union stark macht, die also nicht nur wirt-

schaftlich immer enger zusammenwächst. In den vergangenen Monaten haben sich aber immer mehr Mitgliedsstaaten weniger Einmischung von Brüssel gewünscht. Kämpfen Sie nicht gegen Windmühlen?

Selmayr: Ein politisches Europa mischt sich nicht überall ein. Europa muss sich um die wirklich großen Fragen kümmern – und nicht um die Regulierung von Duschköpfen oder Toastern. Europa muss sich für den Frieden in Syrien einsetzen, in der Flüchtlingspolitik Solidarität herstellen und Arbeitsplätze schaffen. Ein politisches Europa konzentriert sich auf die großen Fragen, in denen wir Fortschritte machen müssen, selbst wenn es manchmal schwer ist. Aber es müssen auch die Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten mehr hinter Brüssel stehen. Was dort beschlossen wird, entsteht nicht im kleinen Kämmerlein. Es gibt keine Entscheidung aus ‚Brüssel‘, die nicht von den Staaten mit-

getragen worden ist. Die EU ist keine auswärtige Macht, die Entscheidungen diktiert. Wir alle sind die EU.

Stichwort EU-Parlament, Wo sehen Sie Parlamentspräsidenten Martin Schulz künftig, der 2017 ja eigentlich sein Amt als Präsident des EU-Parlaments abgeben sollte?

Selmayr: Wir haben mit Beginn der Juncker-Kommission im EU-Parlament etwas eingerichtet, das man mit der Großen Koalition in Berlin vergleichen kann. Neben Christdemokrat Juncker ist Martin Schulz als Sozialdemokrat der zweite Pol dieser Koalition. Jetzt hat sie Halbzeit, und es stellt sich die Frage, ob sie fortgesetzt werden sollte. Juncker ist dafür, sie zu verlängern, weil man nicht mitten im Rennen die Pferde wechselt. Das kann gehörig schiefegehen, und wir können es uns im Moment nicht leisten, dass Europa in wichtigen Fragen wie der Flüchtlingspolitik oder Handelspolitik die nächsten zwei Jahre gelähmt ist. Die abschließende Entscheidung muss aber natürlich das EU-Parlament selbst treffen.

Nach Brüssel gern wieder zur Uni Passau

Es sind zwar erst zwei von fünf Jahren Kommissionspräsidentenschaft vorbei, aber es ist gut vorstellbar, dass für Juncker noch eine zweite Amtszeit kommt, oder?

Selmayr: Das glaube ich nicht. Juncker hat immer wieder gesagt, er macht eine Amtszeit von fünf Jahren. Anders als sein Vorgänger, der immer auf eine Verlängerung spekuliert und sich damit in den letzten Jahren geschwächt hat. Juncker war 19 Jahre lang Premierminister in Luxemburg und dann acht Jahre lang Eurogruppenchef. Wenn er in diesen turbulenten Zeiten fünf Jahre lang die Europäische Kommission leitet und am Ende die EU besser zurücklässt, als er sie vorgefunden hat, dann wird man nichts dagegen sagen, wenn er dann nicht mehr verlängern will. Und ich kann mir auch für mich persönlich gut vorstellen, nach den fünf Jahren etwas anderes zu machen.

Wo sehen Sie dann Ihre Zukunft?

Selmayr: Vielleicht als Professor für Europarecht an der Universität Passau. Das wollte ich immer mal machen, und vielleicht ergibt es sich ja. Wenn ich mal wieder dauerhaft ins schöne Passau kommen könnte, hätte ich jedenfalls nichts dagegen.

Das Interview führten Ernst Fuchs und Romy Ebert-Adeikis

15 Jahre Centrum für Europarecht

Passau. Mit einem Symposium hat das Centrum für Europarecht (CEP) der Universität Passau Ende Oktober seinen 15. Geburtstag begangen. „Das Jubiläum haben wir im kleinen Rahmen, aber intensiv gefeiert“, erzählt Martin Selmayr, der nicht nur CEP-Direktor, sondern auch selbst Passauer Europarechtsabsolvent ist. Jedes Jahr kommen im Rahmen des CEP zwischen 30 bis 40 solcher Absolventen wieder in Passau zusammen, um sich auszutauschen und Gelerntes aufzufrischen. „Deswegen haben wir vor 15 Jahren das Europarechtzentrum gegründet. Wir wollten einen Grund haben, um mit der Universität Passau verbunden zu bleiben, wenn sich alle ehemaligen Assistenten und Mitarbeiter in der großen weiten Welt verteilen. Und das hat gut geklappt“, so Selmayr, der heute als Kabinettschef des EU-Kommissionspräsidenten tätig ist.

Doch seit seiner Gründung 2001 hat sich das CEP, das unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Schweitzer steht, auch noch andere Aufgaben gestellt: So bietet es Fachkonferenzen und Europarecht-Seminare, zum Beispiel für Bürgermeister, die in europarechtlichen Fragen Hilfe brauchen. Wie bei der europaweiten öffentlichen Ausschreibung eines Bauauftrags.

Ein weiteres Kernstück des CEP ist das Unionsbürgerbüro, in dem Menschen, die in ihrem Alltag mit Fragen des Europarechts konfrontiert werden, Beratung bekommen. „Der eine kann eine Zahnarztpraxis in Österreich nicht eröffnen, weil es bürokratische Probleme gibt, der andere ein Paket nicht ungehindert ins Ausland verschicken. Der Dritte hat Schwierigkeiten mit der Anerkennung seiner im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen“, listet Selmayr mögliche Probleme auf. Die Grenzstadt Passau ist für ein solches Bürgerbüro wohl ideal, „weil hier Europa gelebt wird. Wirklichkeit ist und man merkt, dass Europa nicht nur Theorie ist.“

Dass dieser Grenzstadtblick durchaus nützlich ist, um Europa besser zu verstehen, zeigt sich auch an den vielen Passauer Alumni, die heute die Europäische Union mitgestalten. „Eigentlich trifft man in Brüssel an jeder zweiten Ecke einen Passauer“, sagt Selmayr mit einem Lachen. „Es gibt in Brüssel einmal im Monat einen Passauer Stammtisch, zu dem immer 30 bis 40 Leute verschiedener Nationalitäten und aus allen EU-Institutionen kommen“, berichtet er. „Passau ist näher an Brüssel als viele glauben.“ – rea

LESERBRIEFE

Machtkämpfe

Zum Bericht „Gezerrte um Gauck-Nachfolge hält an“ vom 7. November:

„Steinmeier als Bundespräsident? Früher gab es für diesen Vorschlag ein bezeichnendes Wort: Wegloben! Es ist schon sehr durchsichtig, dass dieser Vorschlag ausgerechnet von Herrn Gabriel kommt – ein Schelm, der Böses dabei denkt. Gabriel weiß genau, dass er sowohl bundesweit als auch parteiintern Lichtjahre hinter Steinmeier zurückliegt und im direkten Vergleich mit ihm immer krachend unterliegen würde. Von seiner Warte aus ist es ein brillanter Schachzug, seinen größten Widersacher aufs Abstellgleis des Bundespräsidentenamtes zu schieben. Bleibt nur zu hoffen, dass die Intrige misslingt. Steinmeier ist als Außenminister fast unersetzlich und für unser Land viel zu wertvoll, als dass man ihn auf dem Altar parteiinterner Machtkämpfe der SPD opfern sollte.“ **Helmut Stadler Passau**

Negativ behaftet

Zum selben Thema:

„Mit großen Fetttuchstaben be-

richtet die PNP auf der ersten Seite von einem ‚Gezerrte‘ der Parteichefs um die Gauck-Nachfolge. Diese Formulierung ist negativ behaftet und leistet inzwischen einem weitverbreiteten Misstrauen gegenüber Parteien und damit deren politischen Repräsentanten Vorschub. In einer parlamentarischen Demokratie sind die Abgeordneten und damit auch deren Parteichefs die Träger politischer Entscheidungen (Art 21 GG; Hervorgehobene Rolle der Parteien), über die im Bundestag letztlich abgestimmt wird. Dazu gehört auch eine monatelange Suche nach einem Kandidaten als Vorschlag für die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung (Art. 54 GG). Eine parlamentarische Demokratie wie die unsere kommt grundsätzlich ohne Kompromissbildung nicht aus. Deshalb kann schließlich der Bundespräsident ohne weitere Aussprache von der Bundesversammlung gewählt werden. Diese besteht aus Mitgliedern des Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern aus den Volksvertretungen der Länder (Art 54 GG). Gott sei Dank können und dürfen wir in ei-

ANZEIGE

rtv - Ihr TV-Programm
FÜR DIE GANZE WOCHE

Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung

nem Staat leben, in der die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung zwar ‚hart hergehen‘ kann und Zeit erfordert. Diese Prozesse sind grundgesetzlichen Regelungen strikt unterworfen. Eine Missachtung dieser Regelungen führt zu massiven Behinderungen oder gar Einschränkungen der Freiheit von Bürgern und ihrer politischen Repräsentanten (u.a. Abgeordnete). Wir müssen dies derzeit in einigen Ländern Europas und in der Türkei erleben, z. B. bei der gezielten Ausschaltung der Pressefreiheit.“ **Gerhard Hacker Salzburg**

Der Größte
Zum Bericht „Der letzte große Clown hat die Manege verlassen“

vom 4. November:

„Der Inbegriff eines Komikers, der Freude und gute Laune verbreitet, der zum Nachdenken anregt, der Blödsinn macht, aber am Ende jemandem aus dem Publikum eine rote Rose reicht. So einer war Oleg Popow, der Größte seines Standes. Wahrscheinlich stirbt es sich als Berufsschwein leichter, wenn man den amerikanischen Mist in Form von Halloween und Horror-Clowns nicht mehr ertragen muss. Heutzutage haben Kinder Angst vor einem Clown! Kein Wunder, wenn irre Typen ihren Opfern mit Äxten, Flammenwerfern, Macheuten oder mit laufender Motorsäge plötzlich gegenüberstehen. In einer von Terror geplagten Zeit das Opfer in der Unsicherheit belas-

send, man hätte auch die Option, in den Körper zu schneiden. Begleitet von einem ohnmächtigen, alles tolerierenden Staat, der westliche Werte (welche auch immer) an vorderste Stelle setzt. An alle Dummköpfe, Verrückten, die Ihr glaubt, nächstes Jahr wieder auf die Piste gehen zu müssen: Ihr habt für Europarecht ein Jahr Zeit, Euch mit dem Clown-Verständnis von Oleg Popow zu befassen, soweit dieses Eure kranken Gehirne ermöglichen.“

Josef Sedlmeier Eggenfelden

Vermummungsverbot

Zum Bericht „Empörung über Vollverschleierte in ARD-Talkshow“ vom 8. November:

„Da haben wir ein Vermummungsverbot in Deutschland und, da gibt ein Fernsehsender, der von einer Zwangsabgabe der Bürger finanziert wird, einer Frau mit Vollverschleierung, also vermummt, die Möglichkeit, ihre Thesen über den Islam zu verbreiten. Da haben sich in der Vergangenheit Frauen Grundrechte erstreiten müssen, und dies wird mit der Ausstrahlung einer solchen Sendung wieder in Frage gestellt. Wenn die Gesetze

für alle Bürger gleich wären, hätte diese vermummte Person noch während der Sendung verhaftet werden müssen. Es ist schlimm für Deutschland, wenn es Politiker gibt, die diese Vollverschleierung als Zeichen der Religionsfreiheit sehen und nicht als einen Gesetzesverstoß. Bleibt zu hoffen, dass diese Art der Verherrlichung des gewaltbereiten Islam bei uns unterbunden wird und Deutschland der Islamherrschaft entgeht.“

Richard Bellmann sen. Arnstorf

Leserbriefe sind Äußerungen des Verfassers und brauchen mit der Meinung der Redaktion nicht übereinzustimmen. Die Redaktion behält sich außerdem das Recht zu sinnwahren Kürzungen vor. Über Leserbriefe kann keine Korrespondenz geführt werden. Im Internet unter www.pnp.de können Berichte der PNP auch online kommentiert werden.

Adresse: Passauer Neue Presse, „Leserforum“, 94030 Passau. Fax: 0851/802347. E-Mail: Leserforum@pnp.de.